

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scheu.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zu unserer Kriegstagung in Berlin.

Zu unserer Beratung treten am 28. Juni die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin zusammen. Der Weltkrieg ist die Ursache, daß die zwölfte ordentliche Generalversammlung nicht nach dem Beschluß des Breslauer Verbandstages in der frühlichen Rheinstraße Köln, sondern in Berlin abgehalten wird. In der Reichshauptstadt hat bereits 1903 eine Generalversammlung des Verbandes, die sechste, getagt. Es war das auch eine Art von Kriegstagung. Unser Verband zählte damals ungefähr 130 000 Mitglieder, eine Zahl, die unsern Mut und unsere Hoffnungen für die Zukunft ungemein schwellte. Bei Gründung des Verbandes im Jahre 1891 wäre der als ein Schwärmer betrachtet worden, der zu prophezeien gewagt hätte, der Verband werde in 12 Jahren 100 000 Mitglieder aufweisen. Der Aufschwung, den der Verband trotz aller Hindernisse über alles Erwarten genommen hatte, war selbstverständlich Ansporn genug, auf den weiteren organisatorischen Ausbau bedacht zu sein. Weitreichende Pläne standen damals zur Beratung, um dem Verband günstigere Möglichkeiten für seine Entwicklung zu sichern. Nicht alle diese Pläne reiften gleich beim ersten Anstich. Der Vorstand hatte eine Beitragserhöhung von 20 und 10 % (auf 50 und 25 %) gefordert bei Einführung eines Krankengeldzuschusses. Die Generalversammlung lehnte die Einführung der Krankenunterstützung ab und beschloß eine Beitragserhöhung auf 40 und 15 %. Die Beitragserhöhung war in erster Linie für die bessere Kriegsrüstung des Verbandes bestimmt, es wurde aber auch die Reise- und Arbeitslosenunterstützung bedeutend verbessert. Diese Beschlüsse hatten gute Folgen, die dazu ermunterten, später auf dieser Bahn fortzuschreiten. Die Wirkungen davon haben wir gesehen in dem herrlichen Aufblühen unseres Verbandes, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein leuchtendes Zeichen sein und bleiben wird.

Der Krieg hat unsere friedliche Arbeit für den Aufstieg der Arbeiterschaft zu einem besseren Dasein jäh unterbrochen. Viele Zehntausende unserer Kollegen haben das friedliche Handwerkszeug mit der Kriegswaffe vertauschen müssen, um unser Land und Volk gegen den auswärtigen Feind zu verteidigen. Die Reihen unseres Verbandes sind dadurch stark gelichtet worden, doch seine Grundlagen sind unerschütterlich. Und daß sie auch fernerhin gesichert bleiben, das ist die Aufgabe der Generalversammlung. Sie wird sich in der Hauptsache mit Unterstützungsfragen zu beschäftigen haben. Diese Aufgabe ist ihr schon gestellt worden durch die vom Vorstand getroffenen Maßnahmen bei Ausbruch des Krieges und durch die zur Tagesordnung gestellten Anträge. Wenn der Vorstand den wohlgemeinten Bestrebungen auf Vertagung der Generalversammlung nicht nachgegeben hat, so erscheinen die Gründe, daß er über seine Handlungen Rechenschaft ablegen und Vollmachten für die weitere Kriegsdauer von der Generalversammlung erhalten wolle, in Unbedacht der gestellten Anträge vollberechtigt. Diese Gründe wurden noch verstärkt durch die inzwischen eingetretene Beteiligung Italiens am Kriege. So sehr wir alle das baldige Ende des Krieges ersehnen, so ist sein Ende doch nicht abzusehen. Es hängt das nicht von unserem Willen allein ab, sondern vom Willen der Feinde Deutschlands. Da also mit einer längeren Dauer des Krieges noch zu rechnen ist, ist an eine sofortige Wiederintraffung des Statuts, wie sie von Bremen und Solingen beantragt ist, wohl nicht zu denken. Auch die teilweise Gewährung von Krankenunterstützung stößt uns große Bedenken ein. Die Antragsteller rechnen nicht damit, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege sein werden. Schon bevor er zu Ende sein wird, wenn sein Ende in Aussicht ist, werden wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die sich noch steigert, wenn die vom Kriegsdienst entlassenen Heeresmassen zurückströmen werden. Dafür müssen wir gerüstet sein. Aber nicht nur dafür. Schon früher und besonders in letzter Zeit häuften sich die Stimmen in Unternehmungskreisen und in ihren Zeitungen, die Lohnkürzungen befürworteten und auffordern, Lohnforderungen entgegenzutreten. Damit haben wir ernstlich zu rechnen und deshalb alles zu unterlassen, was unsere Schlagkraft schwächen könnte.

Der Antrag des Vorstandes, den vom Kriege in unsere Reihen zurückkehrenden Mitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf ihre Mitgliedschaft anzurechnen, wird gewiß allgemeine Billigung finden. Einen besonders wichtigen Gegenstand der Beratung wird die Staffelbeitragsvorlage bilden. Der in Breslau dafür gewählte Kommission ist eine undankbare Aufgabe gestellt worden. Aber ihre Mitglieder haben sich mit unverkennbarer Lust und Liebe ihres Auftrages erledigt und das Ergebnis ihrer Bemühungen bekanntgemacht. Wir — und wohl auch die Kommission — sind nun einigermaßen enttäuscht worden dadurch, daß sich an die Veröffentlichung der Vorlage keinerlei Erörterung in der Metallarbeiter-Zeitung geknüpft hat. Ein Kollege im Felde sandte uns kürzlich zwar unter anderem einige ablehnende Bemerkungen darüber, die wir aber, da sich sonst nichts rührte, glaubten zurückhalten zu dürfen. Wir deuten das große Schweigen jedenfalls richtig, wenn wir annehmen, daß die Verbandsmitglieder den Zeitpunkt — abgesehen von grundsätzlichen Bedenken — zur Einführung von tiefgreifenden Neuerungen nicht für geeignet erachten.

Der Beratungsvorschlag für die Generalversammlung ist zwar weniger umfangreich als für die früheren, jedoch nicht weniger wichtig. Wir stehen an einem der wichtigsten Zeitabschnitte unseres Verbandes. Die Beschlüsse der Generalversammlung sollen uns Kraft und Gewährung zu erweiterter Organisationsarbeit geben. Wir vertrauen darauf, daß sie sich ihrer Aufgabe würdig erweisen wird.

2000 Mark als Mindestsumme zum Leben.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen und im Reichsanzeiger veröffentlicht, durch die der unpfändbare Lohnbetrag von 1500 M nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz auf 2000 M erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung des unpfändbaren Lohnneinkommens um ein volles Drittel oder 33 1/3 Prozent. Mit anderen Worten besagt diese recht begrüßenswerte Neuerung zum Vorteil der Arbeiter und aller anderen Leute mit kleinem Einkommen, daß man heutzutage mit einem Jahreseinkommen von 1500 M nicht mehr bestehen und leben kann, sondern daß man die Mindestsumme zum Leben und zur Erfüllung seiner allseitigen Pflichten auf 2000 M erhöhen und festsetzen muß. Diese Erhöhung bedeutet die amtliche Anerkennung der herrschenden Teuerung und den guten Willen, dieser auch auf rechtlichem Gebiete Rechnung zu tragen.

Befragte das frühere Mindesteinkommen von 1500 M jährlich bei 300 Arbeitstagen einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 5 M, so das von 2000 M einen solchen von 6,66 M. Aber man muß dieses Mindesteinkommen natürlich auch haben, denn als bloßes Schaugericht in der bundesrätlichen Verordnung hat es für den Arbeiter keinen Wert, bereitet ihm nicht einmal ein schönheitliches Vergnügen.

Die 6,66 M mindester Tagesverdienst ergeben einen Wochenlohn von 39,96 M, rund 40 M, und bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit einen Mindeststundenlohn von 66 M, bei 9 1/2stündiger von 70 M, bei 9stündiger von 74 M und bei 8stündiger Arbeitszeit von rund 81 M. Damit ist gewissermaßen eine gesetzliche Grundlage für die Arbeiterforderungen bei Lohnbewegungen geschaffen, die auch von Unternehmern nicht angefochten werden kann.

Die Erhöhung des unpfändbaren Lohnneinkommens durch den Bundesrat ist allerdings nicht ganz von der gleichen Bedeutung, wie eine solche durch die regelmäßige Gesetzgebung wäre; aber solange sie besteht, hat sie doch die gleiche verbindliche Rechtskraft, wie eine durch die Gesetzgebung in allen vorgeschriebenen Formen erlassene gesetzliche Maßnahme. Die bundesrätliche Verfügung soll nur vorübergehende Geltung haben und ihre Außerkraftsetzung vom Reichsanzeiger bestimmt werden. Das wird wohl sobald nicht geschehen und hoffentlich erst dann, wenn das Lohnbeschlagnahmegesetz durch den Reichstag im Sinne der bundesrätlichen Verfügung geändert und diese somit ersetzt sein wird. Da die Teuerung auch noch lange nach dem Kriege fortzuauern wird, die Lebensmittelpreise vielleicht gar nicht mehr auf den Stand vom Juli 1914 zurückkehren werden, so bleibt die Erhöhung des Lohnneinkommens der Arbeiterschaft eine unumgängliche Notwendigkeit.

Die Lebensmittelpreise und die Kosten der gesamten Lebenshaltung sind um fast 33 1/3 Prozent gestiegen, obwohl diese Zahlen schon große Bedeutung hätten. Die vergleichende Preisstatistik des preussischen statistischen Landesamtes, die der Reichsanzeiger veröffentlicht, zeigt anschaulich die während der Kriegszeit eingetretene furchtbare Teuerung. Es betrug nach dieser amtlichen Statistik der Preis für ein Kilogramm im Kleinhandel:

	1915		Im April					
	April	März	1914	1913	1912	1911	1910	1909
Erbsen (gelbe)	121,8	114,4	39,8	39,7	42,7	87,3	37,6	36,0
Speisebohnen (weiße)	123,3	118,6	44,7	45,4	46,9	39,2	39,3	37,4
Linzen	146,4	142,2	53,9	49,9	56,2	39,4	41,0	47,4
Erbsenflocken	15,2	14,8	7,2	7,8	11,4	8,6	7,2	8,8
Erbäuter	340,2	331,4	272,9	278,7	298,6	269,4	284,0	255,9
Weizenmehl	55,3	54,7	37,3	37,4	38,1	37,3	38,5	37,9
Roggenmehl	48,8	48,5	28,9	30,0	31,1	28,3	29,8	31,5
Weißbrot (Semmel)	72,6	73,0	52,4	52,4	54,2	52,2	53,0	53,9
Roggenbrot mit Zusatz v. Weizenmehl	43,7	43,3	28,1	28,9	30,4	29,9	32,2	30,5
Preis	117,8	108,3	48,6	50,0	49,4	47,2	48,3	50,9
Kaffee (gebrannt)	335,6	335,4	308,4	321,6	308,4	292,9	256,9	240,5
Zucker (hart)	58,1	55,0	50,1	50,6	63,4	49,3	56,1	50,2
Speisefalz	23,0	22,7	20,7	20,7	20,7	20,8	20,7	20,7
Durchweizengröße	128,8	109,4	50,3	50,7	50,2	50,7	51,3	51,3
Speisegröße	113,1	95,2	50,7	50,7	49,7	46,8	47,5	49,5
Speisegröße	107,2	92,1	40,8	40,3	37,8	33,5	34,3	36,0
Steinkohlen (Hausbrand)	3,1	3,1	2,7	2,7	—	—	—	—
Braunkohle, gewöhnl.	—	—	—	—	—	—	—	—
Form für 50 Kilo	124,9	119,9	109,0	109,0	—	—	—	—
Petroleum	39,6	26,2	29,6	20,6	—	—	—	—
Kohlensalz	23,9	23,1	20,9	21,0	21,7	19,9	19,9	19,2
1 Hühner	11,7	11,8	7,3	7,1	6,7	6,3	6,3	7,1

Die Ausdehnung des Vergleiches bis zurück ins Jahr 1909 macht diese amtliche Preisstatistik nur um so wertvoller. Eine Gegenüberstellung der Preise vom April 1914 und 1915 ergibt für unentbehrliche Artikel Preissteigerungen von 100, 200 und mehr Prozent, also das Vielfache der 33 Prozent, um die der Bundesrat das unpfändbare Lohnneinkommen erhöht hat. Dabei handelt es sich überdies noch um Durchschnittspreise und nicht etwa um Höchstpreise, was besagen will, daß an manchen Orten die Preise noch mehr oder weniger höher sind als die Durchschnittspreise. Unter dieser starken Teuerung hat natürlich die Arbeiterschaft mit ihrem kleinen und sonst schon unzulänglichen Einkommen am meisten zu leiden, so daß Unterernährung und Schwächung der Gesundheit die sichersten Folgen davon sein werden.

In München hat der Kriegsausbruch für Verbraucherangelegenheiten in 200 Geschäften für 13 Warensorten Preisfestsetzungen gemacht, die ebenfalls bedeutliche Steigerungen erkennen lassen. Es handelt sich dabei um Feststellungen vom 29. März 1915 und bietet die Zusammenstellung folgendes Bild:

Preis wurde in 190 Geschäften gekauft zu Preisen von 30 M bis zu 1 M das Pfund. Im Juni 1914 waren die Verkaufspreise 22 bis 32 M. Ein Geschäft gibt noch zum alten Preis ab, die übrigen

189 Geschäfte verkaufen über diesen Preis, davon 67 bis zu 50 M und darunter. Es handelt sich meistens um Wucherpreis. Kartoffeln wurden in 125 Geschäften gekauft. Der sogenannte Höchstpreis ist für das Pfund 9 M. 66 Geschäfte verkaufen um 6, 7 und 8 M, 53 darüber, bis zu 12,5 M verlangten 6 Geschäfte. Der Preis für Kartoffeln war im März 1914 für das Pfund 4 M.

Salz, das in 154 Geschäften gekauft wurde, kostete in 8 Geschäften 10 M, in 81 Geschäften 11 M und in 65 Geschäften 12 M. Die bayrischen Salinen haben seit Kriegsbeginn keine Preissteigerung vorgenommen. Ein Preis von 10, höchstens 11 M, wie er auch im Juni 1914 zu verzeichnen war, erschien angemessen.

Margarine konnte 83mal gekauft werden. Dieser Artikel wurde im Juni 1914 für 80 M abgehoben. 55 Geschäfte verlangten 85 M bis 1 M, 28 Geschäfte darüber, bis zu 1,50 M das Pfund.

Brot (Roggenbrot), wofür ein Höchstpreis von 24 M für das Pfund festgesetzt ist, wurde 194mal gekauft; 136mal zum Höchstpreis, 35mal um 22 und 23 M und 23mal bis zu 26 M.

Eier, die in 141 Fällen gekauft und im Juni 1914 durchschnittlich das Stück um 7 M abgegeben wurden, kosteten 23mal 8 M, 110mal 10 M und 23mal 11 M das Stück.

Rinderfett kostete im Juni das Pfund 80 M. Es wurde in 94 Geschäften gekauft und war in 2 Fällen (Stückfett) noch zu diesem Preis erhältlich. Qualität Ia kostete 23mal 85 bis 100 M und 69mal 1,10 bis 1,30 M.

Schweinefleisch war im Juni 1914 das Pfund um 80 M erhältlich. Von 45 Einläufen mußten 2mal 1 M, 32mal 1,10 bis 1,40 M und 11mal 1,50 bis 2 M angelegt werden.

Kartoffelmehl wurde in 83 Geschäften gekauft. Es kostete im Juni 1914 das Pfund 20 M, war aber nur einmal um 25 M, 55mal um 30 bis 40 M, 27mal um 42 bis 75 M das Pfund zu haben.

Zwiebeln kosteten im Juni 1914 das Pfund 4 bis 7 M. Soldat wurden in 129 Läden gekauft, davon 91mal um 20 bis 25 M und 38mal um 26 bis 32 M.

Sauerkraut, das im Juni 1914 das Pfund um 8 M zu haben war, kostete 9mal 10 und 12 M, 32mal 14 und 15 M, 10mal 16 und 17 M, 53mal 18 M und 34mal 20 und 22 M.

Zichorie kostete im Juni 1914 das Pfund 26 M, war aber von 154 Einläufen nur 5mal um diesen Preis, 76mal um 27 bis 29 M und 73mal um 30 bis 33 M zu erhalten. Die Zichorienfabriken haben seit Kriegsbeginn keine Preissteigerungen vorgenommen.

Kaffee war sonst um 26 M das Pfund zu haben. Von 163 Käufen mußten 25mal 28 bis 44 M und 138mal 45 bis 70 M angelegt werden.

Bemerkenswert ist, daß die Zusammenstellungen keine Fleischpreise enthalten, was wohl beweisen soll, daß heute das Fleisch im Haushalt der Volksmassen eine sehr untergeordnete Rolle spielt, eine viel geringere als früher, da es ebenfalls in zahlreichen Familien ein seltener Leckerbissen und dann nur in geringen Mengen war. Zum Ausgleich mit der Teuerung sind ja bereits vielfach Lohn- und Teuerungszulagen bewilligt worden; sie sind aber auf der ganzen Linie eine dringende Notwendigkeit für die gesamte Arbeiterschaft, für die auch ohne Ausnahme die herrschende Teuerung gilt, der sich nichttagarische Verbraucher nicht entziehen können. Und diese Lohnsteigerungen werden auch nach dem Kriege bei fortwauernder Teuerung nicht nur beibehalten, sondern noch weiter gesteigert werden müssen.

Die Gewerkschaften haben in der schweren Zeit des Krieges mit der Verhinderung von Lohnkürzungen und mit der Herbeiführung von Lohnsteigerungen die Sache der Arbeiter erfolgreich wahrgenommen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter, ihre Mitglieder, nicht verlassen; es sollten daher umgekehrt auch die Mitglieder der Gewerkschaften nicht verlassen, sondern ihnen immer und überall unorganisierte Kollegen als neue Mitglieder zuführen. Eine für alle und alle für einen!

Eßt mehr Kartoffeln!

Von Dr. Paul Denisch.

Sege! bemerkt einmal irgendwo, daß alle historischen Tragödien und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat, bemerkt Marx hierzu, vergessen hinzuzufügen: das eine mal als Tragödie, das andere mal als Farce.

An diese Worte fühlt man sich erinnert, wenn man jetzt, im ersten Kriegsmonat, einen Rückblick wirft über das Schicksal, das bisher die Volksernährung während des Weltkrieges gehabt hat! Gegen Ausgang des Winters und im Frühjahr zeigte das Problem sein ernstestes Gesicht. Es war deshalb so ernst, weil neben der auf ein bescheidenes Maß festgesetzten wöchentlichen Brotration ein Mangel an Kartoffeln eintrat, der in der zweiten Hälfte des arbeitenden Volkes schwer und bitter empfunden wurde. Von den Einschränkungen, unter denen damals weite Kreise litten, ist nie viel geredet worden, weil man sie eben als unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges ansah, aber das hindert nicht, auszusprechen, daß die damalige Kartoffelnot wie eine Tragödie wirkte.

Heute haben wir eine andere Kartoffelnot. Während wir in den vergangenen Monaten unter dem Mangel an Kartoffeln litten, leiden wir jetzt am Gegenteil, an ihrem Ueberfluß! Während es früher allenthalben hieß: spart! Kartoffeln! steht sie in der Schale, damit nicht beim Schälen so viel verloren geht, heißt es jetzt: eßt mehr Kartoffeln! Im Winter und Frühjahr hatte man die schauerhafte Entdeckung von der Existenz eines „inneren Feindes“ gemacht, der die Widerstandskraft des deutschen Volkes systematisch untergrabe und daher mit aller Energie vernichtet werden müsse. Dieser furchtbare „innere Feind“ war das — Schwein, das wohlbekannte, friedliche Landschwein, dessen Gefräßigkeit — sonst die Grundlage seiner Existenzberechtigung — ihm jetzt zum Verbrechen angerechnet wurde. Erschauernd wurde ihm nachgerechnet, daß täglich 720 000 Doppelzentner deutscher Kartoffeln im Lager der Schweine verschwinden und daß die Frage einfach laute: sollen die Menschen leben oder die Schweine? Ein gewaltiges Massenabschlachten wurde angeordnet und durchgeführt, wobei die Verwertung des Fleisches hinter die Erhaltung der Kartoffelschäpe an Wichtigkeit zurücktreten mußte. Und jetzt? — Bitte! Bei der Staatskretäre des Jammers, wir hätten

so viel Kartoffeln, daß wir darin erkaufen könnten. Sämtliche Städte sind mit Kartoffeln versorgt, bis sie freiwillig einkaufen mußten, als die Preise den Höchststand erreicht hatten, und außerdem verbleibt der Reichsstelle für Kartoffelversorgung noch ein Ueberschuß von 8 1/2 Millionen Zentnern! Aus der Tragödie des Winters und Frühjahrs ist im Sommer eine Farce geworden!

Und dabei hatte man allen Anlaß zu der Befürchtung, daß gerade die letzten Monate vor der neuen Ernte die schlimmsten werden würden, wo die Vorräte aufgebraucht sein würden und die volkswirtschaftliche Misere Deutschlands mit allen ihren Schrecken zutage treten mußte. Das Gegenteil ist eingetreten. Statt des stets größer werdenden Mangels haben wir einen stets größer werdenden Ueberschuß. Und zwar keineswegs bloß an Kartoffeln. Auch an Getreide haben sich die Vorräte als größer herausgestellt, als man früher angenommen hatte. Auf Grund der Schätzungen im März hatte man damit gerechnet, Reserven in Höhe von 4,7 Millionen Doppelzentner bei Ablauf des Erntejahres zu behalten. Als man zwei Monate später, im Mai, eine neue Bestandaufnahme vornahm, stellten sich die noch vorhandenen Vorräte als viel größer heraus, als zwei Monate zuvor. Jetzt rechnet man mit einer Getreidereserve von 9 Millionen Doppelzentner, also mit nahezu dem Doppelten wie im März.

Die Erhöhung der Brotkrationen besonders für den körperlich schwer arbeitenden Teil der Bevölkerung, so oft gewünscht und als notwendig bezeichnet, kann jetzt nur noch die Frage kürzester Zeit sein, und die entsprechenden Bundesratsverordnungen sind als nicht bevorstehend zu erwarten. Aber selbst dann werden die Getreidevorräte so groß sein, daß wir bis Ende September oder Anfang Oktober mit ihnen ausreichen. Die neue Ernte braucht vor diesem Termin nicht in Anspruch genommen werden, da diesmal der sonst von Reichs wegen durch das System der Ausfuhrzölle künstlich herangezückelte Export deutschen Getreides, der im Jahre 1913 die ungläubliche Höhe von 9370 000 Doppelzentner Roggen und 7594 900 Doppelzentner Weizen erreicht hatte, wegfällt und, da wir diesmal schon zu Beginn der neuen Ernte die Ernährungsvorschriften haben, die bei der alten erst in Kraft traten, als der größte Teil bereits dahin war, so kann man den englischen Hungerungsplan als endgültig und unter allen Umständen gescheitert betrachten.

Wenn nun freilich auch die Uebertragung, daß wir mehr Lebensmittel haben als angenommen, besser ist, als wenn wir zu wenig hätten, so geht doch aus dieser Tatsache unbestreitbar hervor, daß die starken Entbehrungen und Einschränkungen, denen die deutschen Volksmassen sich monatelang haben unterwerfen müssen, in diesem Umfang ganz und gar nicht nötig gewesen wären. Schon Mitte Februar erhoben sich Stimmen von Sachkennern, die die Erwartung aussprachen — wie sie jetzt durch die Tatsachen glänzend bestätigt worden ist —, daß im Mai und Juni die Vorräte sich als viel größer herausstellen würden, als man befürchtete, und zwar nicht bloß deshalb, weil in gewissen Kreisen die Vorräte lediglich in wucherischer Absicht zurückgehalten wurden, sondern auch deshalb, weil es in der Tat sehr schwer ist, Getreide, das, wie der Sachverständige lautet, noch „im Stroh“ ist, also noch nicht ausgedroschen ist, zu veräußern. Neben diese unbedeutenden Schwierigkeiten und beschäftigten Böswilligkeiten traten aber noch andere Faktoren. Die richtigen Einschätzungen des Bedarfs waren keineswegs einfach, und was in dieser Hinsicht einigen Gemeindeverwaltungen passiert ist, grenzte zuweilen an Komische. So hatte beispielsweise die Stadt Lichtenberg bei Berlin bei der Reichsstelle für die Kartoffelversorgung einen Kartoffelbedarf von 135 000 Zentnern angemeldet. Ende Mai verringerte sich ihre Anmeldung auf 5000! Sie hatte ihren Bedarf 2mal überhäuft! Und dabei steht Lichtenberg keineswegs allein unter den Städten in Preußen. Auch anderen Gemeinden ist ähnliches passiert, wenn auch dort vielleicht der Schwund nicht ganz so groß war.

Aus alledem ergibt sich, wo der Fehler liegt: unsere Wirtschaftsordnung ist noch viel zu wenig durchorganisiert. Der Krieg hat bewiesen, daß das kapitalistische Deutschland glänzend organisiert ist, wenn es gilt, Menschen umzubringen: die militärische Mobilisierung war ein Meisterstück. Dasselbe kapitalistische Land wies in seiner organisatorischen Richtung aber die größten Mängel auf, als es galt, Menschen zu erhalten. Bei alledem kann man ruhig zugeben, daß die Regelung der Lebensmittelfürsorge in Deutschland noch am besten von allen beteiligten Staaten gelungen ist, wie es denn kein leeres Wort ist, das neulich aus englischem Munde zu uns herüberlörte: ein anderer Staat wie Deutschland wäre in dieser furchtbaren Situation schon lange zusammengebrochen! Wenn der Krieg uns etwas gelehrt hat, so ist es die Notwendig-

keit gesellschaftlicher Organisation auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Manche der Maßregeln, die in der Kriegszeit schnell improvisiert wurden, werden in verbesserter Form den Krieg überdauern und zu bleibenden Einrichtungen werden. Hier winken der organisierten Arbeiterklasse ganz besonders große Aufgaben. Sie hat unter der mangelnden Organisation der heutigen Gesellschaftsordnung am meisten zu leiden gehabt, sie ist am lebhaftesten daran interessiert, daß solche Verhältnisse nimmer wiederkehren.

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken in Breslau und die amtliche Streikstatistik.

Die Berichterstattung durch Unternehmer und Polizeiorgane, auf denen die amtliche Streikstatistik aufgebaut ist, hat schon oft Veranlassung gegeben, auf das Unvollständige und oft Unrichtige dieser Berichterstattung hinzuweisen. In einem ganz besonderen Maße sehen wir uns auch heute wieder dazu veranlaßt. Im Band 279 der Statistik des Deutschen Reichs lesen wir über „Streiks und Ausperrungen im Jahre 1914“ folgendes:

„In der Gewerbegruppe VI (Maschinen usw.) ist in Breslau ein größerer Streik von Metallarbeitern in einer Maschinen- und Eisenbahnwagenbauanstalt zu verzeichnen. Von den 6493 Arbeitern dieses Betriebes streikten 1224 vom 9. Januar an. Der Streik endigte infolgedessen erfolglos am 20. Juli dadurch, daß die streikenden Arbeiter entlassen wurden und an Stelle des Streiks eine Ausperrung trat, welche zusammen 2240 Personen erfaßte. Die Ausperrung endigte mit vollem Erfolg des ausperrenden Arbeitgebers gegen Mitte Juli.“

Schon in die dieser Schilderung enthaltene zeitliche Reihenfolge stimmt nicht, denn bereits am 7. Februar wurde die Ausperrung aller organisierten Arbeiter gemeldet, die dann ebenso wie der Streik bis zum 16. Juli dauerte. Die amtlich gegebenen Zahlen der Streikenden und Ausgesperrten ergeben zusammen 3464 Streikende und Ausgesperrte. Diese Zahlen bleiben aber bedeutend hinter der Wirklichkeit zurück. Von Ende Februar bis Anfang April wurde die Gesamtzahl der Ausständigen allwöchentlich auf ungefähr 4500 angegeben und das wird wohl richtig sein. Bei einer Zählung der Streikenden und Ausgesperrten am 9. Februar 1914 wurden 3849 Mitglieder der beteiligten Organisationen festgestellt, die Zahl der Nichtorganisierten, die mitbetroffen wurden, wird auf ungefähr 300 geschätzt. Im Handelsteil des Berliner Tageblatts vom 12. März 1914 wurde über die Linke-Hofmann-Werke geschrieben:

„Es befinden sich von 7000 Arbeitern der Gesellschaft gegenwärtig 4000 im Ausstande.“

Bei der Abstimmung über die Einigungsbedingungen und über die Beendigung des Kampfes am 15. Juli 1914 wurden 3413 Stimmen gezählt. Diese Zahl kommt der in der amtlichen Statistik angegebenen schon sehr nahe, doch ist zu bedenken, daß schon bei kleineren Streiks es selten ist, daß alle Beteiligten an der Versammlung teilnehmen. Bei den in Betracht kommenden Massen ist der Unterschied aber zu gering, wenn weiter berücksichtigt wird, daß bei einem solchen Kampf mit einer mehr als halbjährigen Dauer nicht alle Beteiligten am Orte bleiben, sondern fortwährend Abgänge nach auswärts eintreten.

Nach der amtlichen Statistik soll die Ausperrung mit vollem Erfolg des ausperrenden Unternehmers geendet haben. Diese Angabe ist unrichtig; es weicht deshalb auch die Zahlenübersicht der amtlichen Statistik weit von der Wirklichkeit ab, wenn in der Gewerbegruppe Maschinen usw. der Erfolg der ausperrenden Unternehmer unter Bezug auf die Zahl der in der Gruppe erfolgten Ausperrungen und Ausgesperrten mit 100 Prozent angegeben wird.

Wie es um den Erfolg des Unternehmers bestellt ist, läßt der Bericht über die Generalversammlung der Linke-Hofmann-Werke in Breslau vom 29. April 1915, wovon ein Auszug in Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung 1915 enthalten ist, erkennen, wobei ganz abgesehen werden soll von den 3 000 000 M. Kosten, die dem Werk durch den Kampf entstanden sind. Die Ursache des Kampfes waren die fortgesetzten Morddrohungen, die bei den ohnedies schon geringen Verdiensten in der brutalsten Weise vorgenommen wurden. Wenn bei Abschluß des Kampfes berichtet werden konnte, daß für ungefähr 2000 Metallarbeiter Verdienstminderungen von ungefähr 8000 M. wöchentlich abgewehrt wurden, so ist es mindestens sehr gewagt, von einem vollen Erfolg des ausperrenden Unternehmers zu reden.

Über auch in anderer Hinsicht hatte die Firma einen Mißerfolg zu buchen. Durch die Vorgesetzten wurde in den verschiedenen Abteilungen des Werkes bei der Einstellung von Arbeitern und auch aus anderen Anlässen der bekannte „gelbe Druck“ auf die Arbeiter ausgeübt, um sie zum Eintritt in den gelben Werkverein zu bewegen. In Punkt 2 der Einigungsbedingungen mußte die Firma das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausdrücklich anerkennen. Der „Erfolg“ des ausperrenden Unternehmers kann jedenfalls am besten bewertet werden bei Betrachtung der am 15. Juli 1914 von den Arbeitern angenommenen Einigungsbedingungen, die hier nochmals im Wortlaut zum Abdruck kommen:

1. Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsgehälter der einzelnen Arbeiterkategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Änderungen an den im Werk gültigen Abfordern nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Maschinenarbeit begründet sind. Bei Maschinenarbeit wird die Mindestlöhnezahl, für die der Abfordern gilt, angegeben.

Bei Abfordernfestsetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung ein Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

2. Die Direktion wird weder eine Entlastung des Sozialversicherungsrechtes noch eine Agitation in den Werksstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

3. Die Einstellung erfolgt für Mitglieder der Betriebskrankenkasse ohne ärztliche Untersuchung.

Es soll versucht werden, jeden Arbeiter wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werke arbeitenden Leute zulassen. Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die aus geschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken entlassen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die Älteren und verheirateten Arbeiter möglichst zuerst berücksichtigt.

Maßregelungen werden nicht stattfinden.

4. Den wieder eingestellten Arbeitern sollen nach einer Frist von einem Jahre, sofern sie während dieser Zeit zu Störungen im Betriebe keine Veranlassung gegeben haben, auf ihren Antrag für die von den Linke-Hofmann-Werken zu gewährenden Vergünstigungen die früher im Werke zugebrachten Jahre in Anrechnung gebracht werden. Diese Anrechnung tritt im Falle einer Invalidität infolge eines Betriebsunfalles, sowie bei Todesfall eines Arbeiters sofort ein.

Die in § 9 des Statuts der Unterhaltungsabteilung angegebene Karenzzeit von drei Monaten fällt für die Frauen der Wiedereingestellten fort.

5. Die am 22. Mai 1912 für die Gießerei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Alle sonstigen Erklärungen, die in den Verhandlungen während der diesjährigen Bewegung abgegeben sind, werden durch vorstehende Vereinbarungen ersetzt.

Die Zusagen in den Punkten 2 und 4 werden von der Direktion nur dann aufrechterhalten, sofern die Arbeiterschaft die Punkte 1, 3 und 5 unbedenklich annimmt.

Der Tag, an dem die Wiedereinstellung der Arbeiter beginnen kann, und die Art und Weise, wie sie zu erfolgen hat, bleiben besonderen Bestimmungen der Direktion vorbehalten.

Die unterzeichnete Kommission nimmt die vorstehenden Bedingungen an und verpflichtet sich, sowohl in der 2ler Kommission als auch in den Berufsversammlungen diese voll zu vertreten und zur Annahme zu empfehlen.

Unser Verband in der 44. Kriegswoche.

Beim Abschluß der Zusammenstellung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit für die 44. Kriegswoche (vom 30. Mai bis zum 5. Juni) fehlten die Berichte aus folgenden 26 Orten: Berlin, Neustrelitz, Elstertal, Glogau, Fürstentum, Verla, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Langenmünde, Bremenhafen, Schleswig, Uetersen, Münster, Gießen, Koblenz, Meß, Steinbach, Trailsheim, Ebingen, Lörrach, Neustadt a. H., Singen, Gungelshausen, Lindau.

finden, die die Töne a, b, c, d, e und f erklingen lassen können. Lauscht nun ein Ohr in nicht allzugroßer Entfernung, so wird es diese sechs verschiedenen Töne zusammen hören, wenn die Gloden angeschlagen werden. Denn die sechs Arten von Schallwellen strömen alle dem Ohr zu, um sich dort einzeln bemerkbar zu machen. Es ist hier nicht von Belang, daß vielleicht ein unvollständiges Gehör die verschiedenen Töne nicht mehr deutlich zu trennen vermag. Ein musikalischer kann dies jedenfalls tun, und es ist nur von Bedeutung, daß alle sechs Töne wenigstens in gleicher Weise an das betreffende Trommelfell klopfen, wenn anders das Ohr von den Gloden gleich weit entfernt ist, und wenn sie gleich kräftig angeschlagen worden sind. Würde man einen Schwingungsmesser aufstellen, der aus einer großen Zahl verschiedener langer Stahlfedern besteht, so müßten wirklich die sechs Zungen schwingen, deren Eigenbewegungen die betreffenden sechs Töne ergeben.

Nun werde aber zwischen dieser Glodengruppe und dem netznehmenden Ohre eine Stimmgabel aufgestellt, die den Ton a gibt, wenn sie zum Schwingen gebracht wird. Welche Folge muß das haben? Offenbar werden die Töne b, c, d, e und f in derselben Weise zum Beobachtungsorte fluten, wie es vorher der Fall gewesen war. Dagegen müßten die Schallwellen, die von der a-Glocke ausgehen, ein besonderes Geschick erfahren. Kommen sie nämlich an die Stimmgabel, so wird diese, da sie ja auch auf a abgestimmt ist, zum Kräftigen angeregt. Dabei schließt sie aber einen Teil der Wellenkräfte ein, so daß nur noch schwache Wellen weiterfluten können. Nun ist allerdings zuzugeben, daß die schwingende Stimmgabel wieder Tonwellen ausstrahlt. Aber sie gibt nicht alles heraus, was sie empfangen hat, und außerdem wirkt sie nach allen Seiten, so daß der größte Teil dieser Wirkung gar nicht für die Stelle in Betracht kommt, wo sich das prüfende Ohr befindet. Infolgedessen löst also tatsächlich gerade die a-Gabel den Ton a mehr oder weniger aus, und es löst die Verdunkelung des Tones a auf das Vorhandensein eines Körpers ab, der an sich diesen Ton zu erzeugen berufen und fähig ist.

Die Deutung der Natriumlinie wird jetzt nicht schwer fallen. Die Wissenschaft nimmt zurzeit an, daß der Kern der Sonne aus einer weisshitzigen, festen oder flüssigen Masse besteht. Darauf deutet zunächst die Regenbogenfarben hin. Sie behauptet aber ferner, daß dieser Kern von einer Hülle weniger heißer Gase umgeben sei, in denen sich zum Beispiel Natriumdämpfe befinden. Denn diese müssen das gelbe Licht, das der Sonnenkern an sich besitzt, in ähnlicher Weise auffangen und zerstreuen, wie wir es vorher von den Schallwellen und der a-Gabel festgestellt haben.

Die eingehende Prüfung der vielen dunklen Linien läßt nun fast gesagt erkennen, daß die Sonne wesentlich aus demselben Material aufgebaut ist wie die Erde. Und die Spektralanalyse der Sterne verriet ferner, daß überhaupt das ganze Weltgebäude „aus einem Stoff“ stammt!

Bedeutet diese Erkenntnis nicht eine großzügige Weltanschauung? Und es ist Fraunhofer, dem wir sie letztlich verdanken.

Zum Gedächtnis Fraunhofers.

Von Hans Beuquin.

Solange es Menschen gibt, mögen bewundernde Augen den Regenbogen bestaunt haben, der aus dem weißen Lichte der Sonne die Pracht leuchtender Farben schöpft. Und wie viele Farben sollen wir unterscheiden? Gibt es nur Rot, Orange, Gelb, Grün, Blau und Violett, oder ist nicht vielmehr ihre Fülle unermeßlich groß, indem sie in unendlich feinen Abtönungen ineinander übergehen? Man kann die Schönheit eines solchen „Spektrums“ auch künstlich gewinnen, und man bedarf dazu nicht einmal wissenschaftlicher Mittel. Schon der jährige Schilf an einem Glase, an einem Spiegel, am Rande eines Fensters zaubert ein buntes Farbenbild an die Wand, wenn die Sonne hindurchschaut. Und die Wissenschaft hat sich ein dreifachtes Glas zurechtgemacht, mit dem sie die Lichtzerlegung gründlich beobachten kann. Sie nennt jenes ein „Prisma“, und wenn der Schlichte mit diesem ein Spektrum studiert und in seine Bestandteile zerlegt, so spricht er von einer „Spektralanalyse“, das heißt von einer „Auflösung des Lichtes“, das von der Sonne oder von irgend einem leuchtenden Körper ausgeht.

Eine genauere Untersuchung des Sonnenpektrums zeigt nun, daß die sogenannten Regenbogenfarben doch nicht so gleich ineinander übergehen, wie es zunächst den Augen hat. Es ziehen sich vielmehr Randfäden feiner, dunkler Linien quer durch das Farbband, die nicht gerade schwarz sind, die aber doch Verdunkelungen der Farben bedeuten, die man in einem ungehörten Spektrum an ihrer Stelle hell sehen würde. So scheint also auch das Sonnenlicht selbst schon seine Schatten in sich zu tragen.

Diese Linien lassen sich jedoch nur mit sehr vollkommenen Instrumenten beobachten, und es ist darum nicht auffällig, daß sie erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit bekannt geworden sind. Fraunhofer aus Schwaben hat sie vor rund 100 Jahren entdeckt. Über diese Zeiten seines Schicksals gewahren wir nichts, so geistreich es nicht deshalb weil man gern Ereignisse in der Erinnerung auffrischt, wenn ein Jubeljahr vorüber ist, sondern deshalb, weil diese jüngstvergangenen Ereignisse einen Blick in den Vorhang des Vergangenen tun, und weil Fraunhofer mit seinen dunklen Linien jenseit Licht gebracht hat.

Unter diesen „Fraunhofer'schen Linien“ zeichnet sich etwa ein Dutzend durch größere Deutlichkeit aus. Man benennt sie mit Buchstaben, und besonders vielgenannt ist die Linie „D“, die im Gebiet der gelben Farbe an einer ganz bestimmten Stelle liegt. Nebenher wird diese auch B bezeichnet.

Wenn man ein Prisma angefeuchtetes Kochsalz in eine Regenwolke hält und dem ihr Licht durch ein Glasprisma fallen läßt, so gewinnt man ein ganz besonderes Spektrum. Zunächst werden die Regenbogenfarben mehr oder weniger deutlich erscheinen. Diese ändern von der Flamme her, in der sich glühende Salzkörner befinden. Uebersetzt man alle jetzt und künftigen Körper, wenn sie glühen und leuchten, ein Spektrum, das dem der Sonne — natürlich unter Abstrich — dunklen Linien — ähnlich ist.

Wählt man eine Spirituslampe für diesen Versuch, oder benutzt man eine sogenannte Bunsenflamme, wie man sie auch bei den Gaslampen findet, so treten diese Regenbogenfarben mehr zurück, weil die betreffenden Flammen eine geringere Leuchtstärke besitzen. Immerhin ist uns nicht daran gelegen, daß sie ganz verschwinden. Denn wir brauchen die Regenbogenfarben als Hintergrund für eine weitere Erörterung. Wir bemerken nämlich im Gelb eine besonders helle Linie, die ganz an der Stelle liegt, wie die Linie D, und die wir als „Natriumlinie“ anzusprechen haben. Und warum? Weil unser Kochsalz eine Zusammenfügung von Chlor und Natrium ist, und weil das Metall Natrium in der Flamme in einen glühenden Dampf verwandelt ist, der seine besondere Strahlung besitzt. Das ist eben das gelbe Licht von einer ganz besonderen Abtönung, das wir wahrnehmen.

So erzeugt jeder Dampf und jedes Gas, wenn sie zum Leuchten gebracht werden, bezeichnende Linien. Allerdings sind die Erscheinungen zunächst viel zusammengesetzter als beim Natrium, wo es sich nur um eine einzige Linie handelt, die allerdings, genau genommen, in zwei dicht nebeneinander liegende zerfällt, die aber doch bei nicht allzu peinlicher Beobachtung einseitig aussieht, und die sich auch mit sehr feinsten Mitteln leicht darstellen und beobachten läßt. So zeigt Natrium zwei ganz verschieden gefärbte Linien. Die eine ist rot, die andere gelb, aber von einer anderen Abtönung als hierbei handelt es sich wieder um ein besonderes Rot, um eine besondere Stelle im Gebiet des Rot. Wacht man Natriumstoff glühend, indem man etwa eine elektrische Entladung durch ein Köhrchen sendet, das mit diesem Gase gefüllt ist, so erscheint wieder eine andere gelbe rote Linie, und außer ihr sieht man noch eine grüne und eine blaue. Während Arbeit langer Jahre hat die Spektralanalyse möglichen Gase festgestellt, was natürlich nur auf Grund sehr sorgfältiger Beobachtungen möglich war. Und es ist klar, daß sich aus irgend einem Spektrum umgekehrt auf die Zusammenfügung der betreffenden Lichtquelle schließen läßt.

Aber lassen wir zum Natrium zurück. Wir haben also festgestellt, daß im Sonnenpektrum eine gewisse dunkle Linie D zu sehen ist, die ihrer Lage nach genau der Natriumlinie entspricht. Sie ist also gewissermaßen eine „angelegte“ Natriumlinie, das heißt eine in Dunkel überlegte. Und der Leser, dem die photographischen Vorgänge und Apparate ein wenig geläufig sind, wird sagen, daß sich im Sonnenlicht eine „negative“ Natriumlinie befindet. Das läßt sich aber daraus schließen.

Ein analoges Urteil ist schnell gefaßt. Man mag nicht annehmen, daß sich in der leuchtenden Sonnenmasse jenseit kein Natrium befindet, weil eben die Stelle dunkel ist, die bei seinem Vorhandensein hell sein müßte. Aber dieser Schluss würde falsch sein! Gerade die dunkle Linie D deutet darauf hin, daß das Natrium, das wir besonders in dem menschlichen Kochsalz kennen, auch auf dem Geringsten im Sonnenkern vorhanden sein muß, was uns der Tag bringt. Es ist allerdings nicht leicht, etwas zu glauben, das dem so genannten gesunden Menschenverstand widerspricht. Aber es wird gewiß möglich sein, hier mit Hilfe eines feinen Lichtes zu schaffen. In irgend einer Stelle sollen sich sechs abgestimmte Gloden be-

Unserem Bericht liegen somit die Nachweise aus 414 Verwaltungsstellen zugrunde.

Übersicht über die Zeit vom 30. Mai bis zum 5. Juni 1915.

Table with columns: Bezirk, Verwaltungen, Mitglieder, Davon zum Militär, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung.

Zusammenfassung der Zahlen für die Zeit vom 30. Mai bis zum 5. Juni 1915.

Die 414 berichtenden Verwaltungsstellen hatten am Schlusse der Vormoche 281 173 Mitglieder. Im Laufe der Berichtszeit sind jedoch 1666 hinzugekommen, was einen Mitgliederstand von 282 839 bei Beginn der Berichtszeit ergibt.

Ein Vergleich des Abganges mit dem Zugang ergibt einen Mitgliederverlust von rund 2000. Dabei ist aber zu beachten, daß nach dem allein schon 2534 in der Berichtszeit zum Militär einberufen wurden und weitere 1310 durch Tod oder aus sonstigen Gründen ausgeschieden sind, der Verlust ein viel größerer wäre.

Die Einberufungen zum Heeresdienst nehmen immer noch ihren Fortgang und sind in der Berichtszeit wieder um 284 höher gewesen als in der Vormoche.

Die Arbeitslosigkeit ist in ihrer Gesamtheit ein wenig zurückgegangen, es betrug die Zahl der Arbeitslosen für die Berichtszeit 3958, in der Vormoche waren es 4028. Der Prozentsatz, der in der Vormoche 1,4 betrug, ist dadurch nicht verändert worden.

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung waren für die Berichtszeit wieder etwas größer und betragen 11 628 M. Der Grund ist in der nicht allgemein üblichen wöchentlichen Auszahlung zu suchen.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table showing weekly statistics from August 1914 to June 1915, including membership numbers and unemployment figures.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Juni der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1915 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a zu adressieren.

Berichtigung der Mitteilung über die im Monat Mai bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

Berichte.

Metallarbeiter.

Um a. 2. Seit Kriegsausbruch sind in Urm die hauptsächlich in Frage kommenden Betriebe mit Aufträgen überhäuft. Vergößerungen wurden vorgenommen, selbständige Meister zu Hause beschäftigt und eingestellt, soweit Platz vorhanden war.

hervorzuheben. Dann kommt noch ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit für die Arbeiter in Betracht, das sind die Arbeitsverhältnisse. Auf diesem Gebiete herrscht in Urm in der Metallindustrie die reinste Anarchie. Der mangelnde Einfluß der Organisation macht sich hier zum Schaden der Arbeiter deutlich bemerkbar.

sam gemacht werden, besonders nach dem Kriege, wo nach Urm jährlich viele Tausende Kollegen zugeworfen kommen. Für einen Teil der Urm Metallarbeiter wäre jetzt, Dank der Eintigkeit und Beharrlichkeit etwas erreicht.

Rundschau.

Die Volksfürsorge im Jahre 1914.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge zur Entgegennahme des Geschäftsberichts über das erste volle Geschäftsjahr 1914 und zur Beschlußfassung über die Verwendung des trotz der mannigfachen Hemmnissen durch den Krieg erzielten Ueberschusses ist auf Sonnabend den 26. Juni nach Hamburg einberufen.

Aus dem vom Vorlande der Generalversammlung zu erstattenden Geschäftsbericht für das Jahr 1914 ist zu entnehmen, daß das Jahr 1914 einen Neuzugang von 124 805 Versicherungen brachte, durch welche 20 804 425 M. versichert wurden.

Die Volksfürsorge zahlte im Jahre 1914 für 1111 Sterbefälle die bedingungsangemessenen Versicherungsleistungen; darunter beim Tode durch Unfall im ersten Jahre der Versicherung in 27 Fällen 7091 M., die hierfür bezahlten Prämien betragen nur 326 M.

Menschlichkeit.

In der Note, die der amerikanische Präsident Wilson kürzlich an die deutsche Reichsregierung wegen der Torpedierung des englischen Schiffes 'Lusitania' gerichtet hat, ist auch mit besonderer Betonung davon die Rede, im Kriege die Menschlichkeit zu wahren.

Das Material ist von hoher Dehnbarkeit und etwas ganz besonders; es hat die Neigung, bei der Explosion der Granaten in keine Stücke zu zerpringen. Die Einrichtung der Füllung dieser Granate ist ähnlich der des Schrapnells, aber sie unterscheidet sich dadurch, daß zwei explosive Säuren verwendet werden, um die Ladung im Hohlraum des Geschosses zur Explosion zu bringen.

